

# Entwaffnend



Silke Hellwig  
über Angela Merkel

Die Unionsabgeordneten wollten nicht hopplahopp über die sogenannte Ehe für alle entscheiden. Sie wurden von SPD, Grünen und Linken getrieben, aber eine wird davon profitieren: Angela Merkel. Sie versteht es wie keine Zweite, Grundsätze über Bord zu werfen und es wie ein Versehen oder eine Art Unfall aussehen zu lassen. In diesem Fall ist es ihr sogar gelungen, persönlich Nein zur „Homo-Ehe“ zu sagen und sie dennoch zu ermöglichen.

Der Preis für dieses politische Manöver sind große Enttäuschungen und tiefe Gräben im eigenen Lager, Fassungslosigkeit bei Stammwählern. Das nimmt die Kanzlerin in Kauf, um der SPD ein Wahlkampfthema zu entreißen und die Union aus einer politischen Sackgasse zu manövrieren.

Aber es ist mehr als das: Die späte Merkel erhebt Unberechenbarkeit zu ihrem machtpolitischen Prinzip. Diesem Wankelmut ist niemand gewachsen. Kurz vor der Wahl, das wissen die Gegner in den eigenen Reihen, ist nicht gut auflehen. Die politischen Kontrahenten sind verblüfft und entwaffnet. Sie haben ihr Ziel „Ehe für alle“ zwar erreicht, aber die Wahl, die haben sie damit eben noch nicht gewonnen.

Bericht Seite 6

silke.hellwig@weser-kurier.de

Gegen die Ehe für Alle!



Dafür!



Dagegen!



Dafür!



Dagegen!!



KS 17

Nach bestem Wissen und Gewissen!

Klaus Stuttmann

# Freiwillig



Sabine Doll  
über Fahrtests für Senioren

Über der Debatte schwebt das Schwert der Altersdiskriminierung. Und es darf mit Wucht herabsausen, wenn man älteren Menschen das Autofahren verbieten will. Ähnlich verhält es sich mit verpflichtenden Fahrtests ab einem bestimmten Alter. Denn: Auch wenn der Anteil von Senioren bei den Unfallverursachern steigt, gibt es das statistische Material nicht her, ab 60, 65 oder 70 solche Checks vorzuschreiben. Das höchste Unfallrisiko geht immer noch – und zwar mit Abstand – von Fahranfängern aus. Dennoch muss die Debatte über Fahrsicherheit von Senioren erlaubt sein, ohne gleich das Schwert der Altersdiskriminierung zu zücken.

Fahrtests und Medizinchecks sind selbstverständlich eine vernünftige Sache – auf freiwilliger Basis. Allein: Um die Debatte und eine offensive Werbung für solche Angebote drückt sich die Politik seit Langem herum, Senioren stellen einen großen Teil der Wählerschaft. Kostenlose Tickets als Anstoß für jene, die vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen wollen, gehören dazu. Ebenso wie kostengünstige Fahrtrainings und auch die Sensibilisierung von Ärzten, das Thema Fahrtüchtigkeit gezielt anzusprechen. Altersdiskriminierend ist das nicht.

Bericht Seite 1

sabine.doll@weser-kurier.de

# Helmut Kohl, der Europäer



Hans-Ulrich Brandt  
über den Staatsakt

Mit seinen unerschütterlichen Überzeugungen hat Helmut Kohl fasziniert aber auch irritiert und verärgert. Dazu gehörte der weitsichtige Glaube an die deutsche Einheit ebenso wie das irrationale Festhalten an seinem Ehrenwort in der CDU-Parteispendenaffäre, das er über die Verfassung stellte. Und doch sind sich nach seinem Tod fast alle einig, selbst seine ehemaligen politischen Gegner: Helmut Kohl war ein bedeutender Kanzler. Ob er, wie es jetzt eine Forsa-Umfrage im Auftrag des „Stern“ ermittelt hat, der bisher „bedeutendste Kanzler der Bundesrepublik“ ist, sei dahingestellt. Klar ist aber, dass es im Rückblick auf seine 16-jährige Regierungszeit vor allem seine Leistung als „Kanzler der Einheit“ und sein konsequentes Eintreten für die europäische Einigung sind, die seine politische Lebensleistung so einmalig machen.

Doch kaum ist Helmut Kohl tot, hat ein erbitterter Streit um sein politisches Vermächtnis begonnen. Überschattet von diesem Kampf um die Deutungshoheit werden auch die Trauerfeierlichkeiten in Straßburg und Speyer. Und so absurd die Frage ist, gestellt wird sie doch: Die Frage nämlich, wem Helmut Kohl denn nun mehr „gehört“ – Deutschland oder Europa?

Warum es darauf keine eindeutige Antwort geben kann, hat der stellvertretende Chefredakteur der Bild-Zeitung, Nikolaus Blome, eine Woche nach Kohls Tod so erklärt: „Zu keinem anderen könnte ein europäischer Trauerakt, der erste überhaupt, besser passen als zu

Helmut Kohl. ‚Vater des Euro‘, Ehrenbürger Europas. Der Altkanzler war ein ganz großer Europäer. Aber wenn man das Wort ‚deutsch‘ steigern könnte, dann wäre Helmut Kohl wohl der ‚deutsche‘ aller Bundeskanzler.“

Und noch eine andere Stimme sei erwähnt, und zwar deshalb, weil sie als langjähriges Mitglied der Grünen unverdächtig ist, Kohl politisch sehr nahezu stehen. Es ist Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die sich einen „würdigen Abschied“ von Kohl mit einem Staatsakt in Deutschland gewünscht hätte. Zwar sei der Wunsch der Familie zu respektieren, aber Kohl habe „die deutsche Politik über so lange Zeit

Ich bin der letzte pro-europäische Kanzler.

geprägt“, dass er eben nicht nur als Privatperson, sondern auch als politische Persönlichkeit wahrzunehmen sei.

Ob es nun Kohls ausdrücklicher Wunsch war, nur mit einem europäischen Staatsakt geehrt zu werden, sei dahingestellt. Dennoch ist festzustellen, dass Kohls Witwe, Maika Kohl-Richter, schon wenige Tage nach dem Tod des Altkanzlers sehr konkrete Vorstellungen von den Trauerfeierlichkeiten hatte, die mit dem Protokoll eines deutschen Staatsaktes nicht vereinbar waren. Über die genauen Hintergründe wird sicher noch lange diskutiert werden.

Helmut Kohl war zweifellos ein Europäer aus Deutschland. Die Chance zur deutschen Einheit, die sich ihm 1989 bot, nutzte er entschlossen. Und er hat sie mit seinen politischen Mitteln gestaltet. Zu behaupten, sie sei ihm lediglich in den Schoß gefallen, ist

falsch. Ohne Helmut Kohls internationales Beziehungsnetzwerk wäre die Einheit nicht gekommen. Es ist vor allem sein Verdienst, dass ihm die einstigen Siegermächte und die Nachbarländer Deutschlands vertrauten.

Dieses Vertrauen konnte Kohl nur aufbauen, weil ihm die Aussöhnung und Einheit Europas stets am Herzen lagen. „Ich bin der letzte pro-europäische Kanzler“, so hatte er sich am 4. Oktober 1982 nur drei Tage nach seiner Vereidigung beim französischen Präsidenten François Mitterrand vorgestellt. Es war der Beginn einer Freundschaft, die sowohl für die deutsche Einheit als auch für die europäische Einigung wichtig war. Für den ebenfalls gerade verstorbenen Kohl-Biografen Hans Peter Schwarz waren es Kohls Friedensprojekte, die dieser mit einer „visionären Kraft“ gestaltet habe, „wie sie in der Europapolitik der Gegenwart kaum mehr zu finden“ seien.

Die Einheit Deutschlands entschlossen durchgesetzt zu haben und den Weg nach Europa entscheidend mitgeprägt zu haben, das bleibt Kohls Lebenswerk. Wie weitsichtig er dabei war, zeigt eine Aussage Kohls vom 27. November 1989. In einer CDU-Vorstandssitzung ermahnt er seine Partei nach dem Fall der Mauer: „Wer jetzt sagt, wir müssen Europa bremsen, der sagt genau das Falsche.“

Dieser deutsche Europäer war Kohl bis zuletzt. „Ich habe nie aufgehört, an Europa zu glauben“, sagte der Altkanzler, als er im November 2014 sein letztes Buch vorstellte. Es trägt den bezeichnenden Namen „Aus Sorge um Europa“. Die Entscheidung ist also richtig, Helmut Kohl mit einem europäischen Staatsakt zu ehren. Begraben wird er dann in Speyer, nicht weit entfernt von seinem geliebten Dom.

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

# La Repubblica

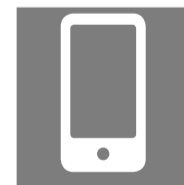
über den Verdacht des Kindesmissbrauchs gegen den Vatikan-Finanzchef: „Der Tornado namens Pell ist über die Kardinäle gekommen, als sie sich zum Konsistorium im Vatikan zusammengefunden hatten. Mit Schäden, die manche nun versuchen, gegen Papst Franziskus zu verwenden. Das Problem pädophiler Priester wurde, ist und wird nicht gelöst mit dröhnenden Erklärungen nach dem Motto „Null Toleranz“ oder „Schande“. Das eine und das andere sind das Mindeste, was man zu solch schweren Verbrechen sagen kann.“

# Tages-Anzeiger

über das Auftrittsverbot des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan: „Seit dem Putschversuch vor einem Jahr hat Erdogan ein Netz aus Denunzianten aufgebaut. Gewünscht sind Lobeshymnen auf den Präsidenten. Nun hat die deutsche Regierung ein Zeichen gesetzt und Erdogans Wahlkampfauftritte verboten – endlich. Erdogans Motivation ist leicht durchschaubar: Er braucht die Stimmen der Diaspora bei den Wahlen 2019, damit er die absolute Macht ausüben kann.“

# KORREKTUR

In der Ausgabe vom 27. Juni haben wir im Zusammenhang mit dem neuen E-Klasse-Cabrio des Daimler-Konzerns darüber berichtet, dass im Bremer Werk Leiharbeiter übernommen werden. In den vergangenen beiden Jahren waren es 650 Leiharbeiter, die in die Stammbesellschaft übergegangen sind. Die Formulierung, dass 2017 noch einmal 150 Leiharbeiter übernommen werden, ist missverständlich: Denn die 150 betroffenen Leiharbeiter sind bereits in die Stammbesellschaft gewechselt. Wir bitten, diese Formulierung zu entschuldigen.



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

# Es geht darum, die Kinderarmut weiter zu senken

Erika Biehn  
über Unterhaltsvorschuss

Der Ausbau des Unterhaltsvorschlusses bis zum 18. Geburtstag eines alleinerzogenen Kindes ist ein Meilenstein. Er war überfällig, jedes Jahr sind circa 75 000 Kinder aus dem Bezug gefallen, da sie ihren zwölften Geburtstag gefeiert haben oder die sechs Jahre Bezugsdauer abgelaufen waren. Nicht gezahlter Unterhalt ist für Alleinerziehende ein Dauerproblem von großem Ausmaß: Drei Viertel der Kinder erhält den Unterhalt entweder gar nicht oder nicht in der Höhe, die ihnen zusteht. Eine der Ursachen dafür, dass Einzelnerziehende über 40 Prozent das höchste Armutsrisiko aller Familien aufweisen. Bei aller Freude

hat die Reform einen großen Wermutstropfen: Das Mindesteinkommen von 600 Euro brutto des alleinerziehenden Elternteils in der neuen Altersstufe ab zwölf widerspricht dem Unterhaltsrecht und sollte wieder abgeschafft werden. Alleinerziehende leisten Unterhalt durch Betreuung, das Einkommen des Barunterhaltspflichtigen ist für die Höhe des Kindesunterhalts relevant, nicht das der Alleinerziehenden.

Hintergrund für diese Regelung war das Tauziehen zwischen Bund, Ländern und Kommunen um die Schnittstelle zwischen Unterhaltsvorschuss und SGB II. Die Kommunen wollen weniger Aufwand und keinen Unterhaltsvorschuss mehr im SGB II-Bezug. Dieser wird auf SGB II angerechnet, trotzdem ist er ein ideeller Mehrwert: Hartz IV ist ein Stigma, mit Unterhaltsvorschuss als familienpolitischer Leistung springt die Gesellschaft Allein-

erziehenden und ihren Kindern zur Seite, wenn der andere Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Diese unbürokratische Leistung, die regelmäßig verlässlich auf dem Konto eingeht, macht es perspektivisch leichter, endlich den Sprung aus Hartz IV heraus zu schaffen.

Nach der Reform ist vor der Reform: Es gilt, den Unterhaltsvorschuss weiter zu stärken und auszubauen, um Kinderarmut zu senken. So ist der Unterhaltsvorschuss systematisch zu niedrig. Er ist stets um ein halbes Kindergeld – aktuell 96 Euro – geringer als der mindestens geschuldete reguläre Unterhalt. Eine Harmonisierung mit dem Unterhalt steht hier aus, auch beim Unterhaltsvorschuss darf das Kindergeld nur hälftig angerechnet werden statt vollständig. Der Anspruch des Kindes auf Unterhaltsvorschuss muss bestehen bleiben, auch wenn ein Alleinerziehender wieder heiratet. Das Kind hat

gegenüber dem leiblichen Elternteil einen Anspruch auf Unterhalt, aber nicht gegenüber dem Stiefelternteil. Auch Schnittstellenprobleme zu anderen Leistungen wie Kinderzuschlag und Wohngeld müssen eine Lösung finden. Sind diese Reformen geschafft, wird aus dem Meilenstein ein Quantensprung gegen Kinderarmut.



Unsere Gastautorin ist Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV). Die Sozialarbeiterin ist seit Langem im VAMV auf Orts-, Landes- und Bundesebene als Beraterin und politische Akteurin engagiert.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**WESER KURIER**  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN  
**Bremer Nachrichten**  
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE  
**Verdener Nachrichten**  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinststraße 43, 28195 Bremen  
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig  
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner  
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:  
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner  
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:  
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Jörg Niemeyer (komm.)  
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,  
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters  
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:  
Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)  
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:  
David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis  
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von  
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von  
9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser  
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:  
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:  
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020  
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de  
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):  
Telefon: 0800/3671222\*  
\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion  
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 0421/36716655  
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)  
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de